

STADT



## **Stellungnahme der Verwaltung**

zum RPA-Schlussbericht  
über die Prüfung zum  
Jahresabschluss 2010

## Einleitung

Es wird zu den wesentlichen Sachverhalten Stellung bezogen sowie ein ergänzendes Schlusswort mit Stand des Jahres 2016 abgegeben.

Der RPA-Schlussbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2010 lag dem Fachdienst Finanzen seit dem 21. Dezember 2017 im Entwurf vor.

## Forderungen und Verbindlichkeiten

### Feststellung RPA:\*

*\* Alle Feststellungen wurden von der Verwaltung in eigenen Worten sowie zusammenfassend wiedergegeben.*

Das RPA zweifelt im Wesentlichen die Richtigkeit der Forderungen und Verbindlichkeiten (Seite 10 des Prüfungsberichtes) sowie die nicht vorgelegten oder nicht übereinstimmenden Listen über die Offenen Posten zum 31.12.2010 an.

### Antwort Verwaltung:

Bedingt durch den automatischen Auszifferungslauf in Infoma (siehe Stellungnahme zum Jahresabschluss 2009) und die daraufhin erfolgten Anpassungen der entsprechenden Bilanzkonten „Forderungen und Verbindlichkeiten“ war ein entsprechender Ausdruck nicht möglich.

Der Auszifferungslauf hätte manuell Position für Position storniert werden müssen, diese Zeit war für den Abschluss nicht mehr vorhanden. Zum Zeitpunkt der Beanstandung stand auch bereits fest, dass der Jahresabschluss 2011 wieder im alten Finanzwesenverfahren H+H gefertigt werden sollte.

Entsprechend lautete die Arbeitsanweisung an das Projektteam in Bezug auf den Jahresabschluss 2010, die bereits erfassten Forderungen und Verbindlichkeiten nicht einzeln zu berichtigen, sondern eine entsprechende Kontrolle erst bei der Datenübernahme zu H+H vorzunehmen.

Damit die Kasse und die restliche Verwaltung nunmehr in H+H arbeitsfähig blieben, musste das Projektteam so vorgehen, dass die H+H-Eröffnungswerte der Forderungen und Verbindlichkeiten zum 01.01.2011 durch Korrekturposten auf den Endbestand von Infoma zum 31.12.2010 fortgeschrieben bzw. geändert wurden.

Der danach erfolgende Datenabgleich zwischen infoma und H+H erstreckte sich über mehrere Jahresabschlüsse, da in H+H hauptsächlich kamental gebucht worden war und somit Forderungen und Verbindlichkeiten nicht bei Entstehung, sondern nach Fälligkeit eingebucht worden waren. Dadurch waren die Periodenzuordnungen in H+H nach doppischer Maßgabe teilweise nicht mehr richtig. Bereits die in H+H eingebuchten Forderungen des Sozialamtes erzeugten eine hohe Differenz. Diese waren in infoma erst gar nicht erfasst worden, da sie erst bei „Eintreibung“ einen Geschäftsvorfall auslösen.

Arbeitsauftrag in Infoma war es somit ausschließlich, alle für 2010 ausstehenden Belege nach zu erfassen und richtig zu bewerten. Dadurch bedingt ergaben sich zum ursprünglichen

System nach kameraler Systematik selbstverständlich Abweichungen. Nun zu versuchen sich an einem kameralem System zu orientieren und beide miteinander abzugleichen ist schlichtweg unmöglich.

Daneben hätte die Neueinbuchung nur vollständig richtig erfolgen können, wenn alle Belege vorhanden gewesen wären. Hier stellte das Nachbuchungsteam fest, dass Belege fehlten oder aber mehrfach vorhanden waren, da es teilweise Kopien gab. Da in H+H in großen Teile ohne Rechnungsnummern gebucht wurden war, stellte sich ein Abgleich als sehr problematisch heraus. Im Projektteam erfassten bis zu fünf Personen die Eingangs- und Ausgangsrechnungen, somit war es nicht leicht zu erkennen, wann ein Duplikat vorlag.

Saldenbestätigungen zum Jahresende 2010 lagen nicht vor. Auch das erschwerte die Forderungsabstimmung. Informationen zu Sachverhalten waren schwierig zu beschaffen, da viele Mitarbeiter inzwischen die Stadt Pinneberg verlassen hatten oder an einen anderen Arbeitsplatz gewechselt waren und/oder sich wegen Zeitablaufs nicht mehr an bestimmte Sachverhalte erinnern konnten.

Die Auswirkungen dieses Informationsdefizits wurden offensichtlich, als begonnen wurde, die offenen Posten gegenüber dem KSP abzustimmen. Hier waren die Abweichungen erheblich. Es konnte letztlich nicht geklärt werden, weshalb eine Vielzahl an Rechnungen des KSPs weder in H+H noch in Infoma gebucht waren.

## **Finanzrechnung**

### **Feststellung RPA:**

(Prüfungsbericht Seite 11) Das RPA bemängelt die Zuordnung der Zahlungsein- und -ausgänge zu den verschiedenen Zahlungsarten.

### **Antwort Verwaltung:**

Die Zuordnung der Zahlungsein- und Ausgänge war in Infoma entsprechend der Konten hinterlegt. Von welchem Bearbeiter (Verwaltung oder infoma) die Zuordnung vorgenommen wurde, war nicht mehr feststellbar. Die Hinterlegung war bereits abgeschlossen, als das Projektteam seine Arbeit aufnahm.

## **Teilkostenrechnung**

### **Feststellung RPA:**

Die Teilkostenrechnung wurde für das Jahr 2010 nicht erstellt.

### **Antwort Verwaltung:**

Das ist richtig, die Auswertungsschemata waren in Infoma noch nicht hinterlegt.

## Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung / Internes-Kontroll-System

### Feststellung RPA:

1. Inventur und Inventar fehlten.
2. Zur Einsicht angeforderte Belege und buchungsbegründende Unterlagen i. H. v. 2.420 T€ wurden nicht vorgelegt. Darüber hinaus wurden zu den Altersteilzeitrückstellungen (750 T€) keine Unterlagen vorgelegt. Hierzu wird die Einführung von digitalen Belegen empfohlen.
3. Vielfach wurde die Periodenabgrenzung nicht berücksichtigt.
4. Teilweise wurden Doppelbuchungen vorgenommen.
5. Die Buchungstexte waren teilweise nicht eindeutig.
6. Größtenteils wurden keine Arbeitsanweisungen/ Verfahrensabläufe in Schriftform vorgelegt.

### Antwort Verwaltung:

1. Inventuren lagen bis einschließlich 2018 nur teilweise vor. Hier muss der KSP klare Arbeitsanweisungen erhalten, der Prozess und die Anforderungen sollten schriftlich festgehalten werden.
2. Die Unterlagen zur Altersteilzeitrückstellung waren nicht mehr auffindbar. Das Projektteam war bestrebt, dem RPA alle Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Da einige Belege aber in den Fachbereichen nachgefragt werden mussten, war dies nicht immer möglich und führte in anderen Fällen zu längeren Wartezeiten, da das Tagesgeschäft Vorrang hatte. Die Einführung von digitalen Belegen wäre wünschenswert. Zur Vermeidung von Doppelbuchungen sollten daneben eindeutige Belegnummern eingeführt werden. Beides muss im Rahmen der bestehenden personellen und zeitlichen Kapazitäten in den folgenden Jahren weiterverfolgt werden.
3. Zu den Periodenabgrenzungen müssen die rechnungsbearbeitenden Mitarbeiter geschult werden. Auch die für die fachliche Abwicklung zuständigen Bereiche müssen informiert werden, worauf bei Rechnungsstellung zu achten ist.
4. Für Buchungstexte steht nur eine begrenzte Anzahl von Zeichen zur Verfügung.
5. Arbeits- und Verfahrensabläufe müssen noch überarbeitet werden und zur Verfügung gestellt werden. Bei der Aufholung der Jahresabschlüsse war es jedoch zunächst vorrangig, diese selbst zu erstellen, da hiervon die Genehmigung der städtischen Haushalte maßgeblich abhing.

### Schlusswort der Verwaltung

Nach Aufholung der rückständigen Jahresabschlüsse wird die Stadt Pinneberg an vielen essentiellen Grundlagen für den FD Finanzen arbeiten müssen. Es müssen insbesondere Bilanzierungsrichtlinien erstellt werden sowie Mitarbeiter geschult werden.

Die vielfältigen Beanstandungen des RPAs aus den Prüfberichten müssen nicht nur im Fachdienst Finanzen besprochen werden, sondern auch die handelnden Mitarbeiter in den übrigen städtischen Bereichen müssen dahingehend geschult werden, zu erkennen, ab wann eine Forderung oder Verbindlichkeit entstanden und somit in der Buchhaltung zu erfassen ist.

Zudem muss das System H+H angepasst werden, da hier zum Beispiel indirekte Abschreibungen nicht möglich sind. Konten und Zuordnungen müssen überarbeitet werden.

Ein Controlling und eine Kostenrechnung sollten aufgebaut werden, um belastbarere Aussagen treffen zu können. Die Kostenrechnung wäre schon allein deshalb wichtig, damit interne Unterkonten vermieden werden können.

Das Projektteam möchte wie schon beim Jahresabschluss 2009 erneut für die konstruktive Begleitung durch das RPA und für die Einbringung des dortigen KnowHows ausdrücklich danken.